

Dr. Anne Ulrich/ Dr. Marianne Zepp

Zweimal Demokratisierung: Deutsche Transformationserfahrungen im Vergleich – Eine Einladung zur Debatte

Nach der Bundestagswahl 2017 bestand in der öffentlichen Meinung weithin Übereinstimmung, dass Befindlichkeiten der Ostdeutschen den Wahlausgang entscheidend mitbestimmen haben. Der bestürzend hohe Zuwachs an rechtspopulistischen und rechten Stimmen in ostdeutschen Wahlkreisen wird einer Unzufriedenheit zugeschrieben, für die sich durchaus materielle wie auch mentale Bedingungen nennen lassen. So kommt im 27. Jahr der deutschen Einheit die Frage nach Leistungen und Fehlleistungen der Wiedervereinigung in's Gespräch.

Wir wollen im Folgenden zwei deutsche Transformationserfahrungen vergleichen: den Aufbau der westdeutschen parlamentarischen Nachkriegsdemokratie nach 1945 und die Zusammenführung der vormaligen DDR bzw. der ostdeutschen Länder mit dem westdeutschen Staat. Der Blick auf Voraussetzungen, Bedingungen und Akteure beider Transformationen gibt Aufschluss über die Akzeptanz einer grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft und damit über die Chancen, die die Bevölkerung in einer Beteiligung am demokratischen Prozess sieht.

Was waren 1945 ff die Integrationsmechanismen des westdeutschen Gesellschaftsmodells, als es für die Bevölkerung der Westzonen um die Akzeptanz einer liberalen Demokratie ging? Dieses Modell diente nach 1989 weithin ungefragt als Vorbild gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung: Was markiert die gravierenden Differenzen? Welche längerfristigen Folgen sind erkennbar für die Integrationskraft unserer Gesellschaft, nicht zuletzt in Bezug auf das Wahlverhalten?

Fall 1: Nachkriegsdeutschland West

1945 hatte Großdeutschland nicht nur den Krieg verloren, es war moralisch diskreditiert, seine Eliten waren entmachteter, und die Nation existierte als politische Entität nicht mehr. Die Siegermächte übernahmen die Kontrolle und bestimmen in den folgenden Jahren den Aufbau der beiden deutschen Staaten, die aus der Konstellation des Kalten Krieges hervorgingen.

Ausgangspunkt war die totale Kriegsniederlage, die mit dem wirtschaftlichen Kollaps, mit Versorgungsmängeln und einer zusammengebrochenen Infrastruktur einhergingen. Der politische Aufbau wurde, zumindest in den ersten vier Jahren, von den Besatzungsmächten diktiert.

Für die Bevölkerung aller Besatzungszonen spielten ebenso mentale Voraussetzungen eine Rolle: Die Erfahrung dieses Kollapses des eigenen Staates, die völlige moralisch-politische Entwertung des untergegangenen Regimes, die existentielle Erfahrung eines totalen Krieges. Dem gegenüber stand das Angebot einer positiven Integrationsleistung. Diese wurde von den politischen und gesellschaftlichen Eliten – und der Mehrheit der Bevölkerung – als unhinterfragbar angenommen, zumal sie alternativlos war.

Die Siegermächte arbeiteten in den Besatzungszonen mit ihrem jeweiligen Gesellschaftsmodell. Die politischen Eliten im Westen verfolgten zwei Strategien: Zum einen forcierten sie die diskursive Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Zum andern eröffneten sie Handlungsspielräume innerhalb der neuen Ordnung. Beides stand in unmittelbarem Zusammenhang: Die Neubegründung politischen und öffentlichen Handelns unter Besatzungsvoraussetzungen konnte nur aufgrund der Distanzierung vom NS moralisch und politisch legitimiert werden. Dass nicht wenige bei der Darstellung ihres Lebens logen, dass sich die Balken bogen, hinderte sie nicht daran, sich als lupenreine Demokraten neu zu erfinden. Hinzu kam, dass viele VertreterInnen der Führungseliten bereits durchaus in der Weimarer Republik Erfahrungen mit der parlamentarischen Demokratie gemacht und ihre politischen Prägungen in dieser Zeit erhalten hatten. Zu ihnen gehörten nicht wenige Frauen, u.a. die spätere erste Alterspräsidentin des Bundestages Marie-Elisabeth Lüders. Ein ungebrochenes Selbstbewusstsein und ein überzeugter Nationalismus war das Movens dieser Generation, die für den Aufbau eines neuen deutschen Staates zur Verfügung standen. Dieser Selbstbehauptungswille und die zunehmende Bereitschaft der Besatzungsmacht, die Deutschen als Partner zu akzeptieren, verbunden mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, ermöglichte ein generationenübergreifendes Projekt, das seine Legitimation a. u. aus der Westbindung der Bundesrepublik bezog.

Wie agierte dabei die dominierende Besatzungsmacht des Westens, die Amerikaner? Sie kamen mit einem bis in die Einzelheiten vorformulierten Programm der Demokratisierung. Es zeichnete sich aus durch eine Mischung aus Erziehungsprogrammen sowie eine Einübung in (basis)demokratische Strukturen und die Unterstützung eines Staatsaufbaus von unten. Es adressierte einen ausgewählten Kreis von politischen AktivistInnen und räumte ihnen nach einer gewissen Zeit mehr und mehr Selbstbestimmung und Spielraum ein. Weder wurde ein Bestrafungssystem großen Ausmaßes initiiert noch wurde der Bewährungswille der Mehrzahl der Deutschen in Frage gestellt.

Gerahmt war das Demokratisierungsprogramm durch den Beschluss zum ökonomischen Wiederaufbau, die wirtschaftlichen Aufbauhilfen (nicht zuletzt den Marshall-Plan) und die Sanierung der Infrastruktur. Durchaus intendiert als »Bollwerk gegen den Osten«, trugen diese Aufbauhilfen zur Konsolidierung der Westbindung und der Zustimmung zu liberaldemokratischen Institutionen und Gesellschaftsordnung maßgeblich bei.

Fall 2: Transformation Ost 1989 ff

Der Kollaps der DDR (und der sowjetischen Welt) 1989/1990 wurde als »gewaltfreie Revolution« in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Dies beschreibt vor allem den Beitrag der Bürgerrechtsbewegungen und des demonstrierenden Volks am Umbruch. Es hilft aber auch elegant darüber hinweg, dass es keinen politischen Plan für die gesellschaftliche Transformation jenseits des Bekenntnisses zu einer schnellen deutsch-deutschen Vereinigung gab. Die Systemtransformation galt dann ab ca. 1994 als vollendet – auch wenn kaum jemand behauptete, die Einheit der Lebensverhältnisse sei hergestellt. Nachdem auch die Berichte über die Abwicklungsskandale der Treuhand allmählich verstummten, ging die Zeit der kollektiv artikulierten Erfahrungen zu Ende. Die Menschen, die im neuen Leben Tritt zu fassen begannen, waren mit ihrer beruflichen, privaten und auch politischen Reorganisation beschäftigt, viele hatten schließlich auch keine Lust mehr, folkloristisch auf Erfahrungen aus einer untergegangenen Welt festgelegt zu werden. Zugleich war und ist deutlich, wie unterschiedlich der Systemwechsel je nach Generationen, Berufen, Regionen und Chancen erlebt worden war.

Tatsächlich war der »Systemwechsel« ein existentieller Umbruch, der alle Aspekte von Alltag, Werteordnungen und Erfahrung betraf. Und anders als 1945 blieb dieser Umbruch dabei ganz überwiegend eine ostdeutsche Erfahrung: In Westdeutschland fand die Wende nicht statt.

Die Wiedervereinigung bildete das Ende der Nachkriegskonstellation. Dies als eine bewusste gesamtdeutsche Erfahrung zu realisieren – darauf hatte der Vorschlag des Runden Tisches mit seiner Option »Beitritt nach §142 GG -- Aushandlung einer gesamtdeutschen Verfassung« gezielt: Vorgeschlagen war, eine deutsche Verfassung zu erarbeiten, für die die Vorzüge beider Seiten verhandelt werden sollten. Diese Option wurde durch die erste frei gewählte Volkskammer mit ihrer christdemokratischen Mehrheit abgelehnt. Die Vereinigung wurde stattdessen vollzogen als Beitritt zum Geltungsgebiet des Grundgesetzes nach Art.21 GG, also in Gestalt eines Institutionentransfers – der begleitet war von einem über mehrere Jahre anhaltenden Elitentransfers in allen öffentlichen Bereichen, insbesondere Politik und Hochschulen.

Das hohe Tempo des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus fand Legitimation in dem Druck, der von den Massendemonstrationen und der Flucht und Migration nach Westdeutschland ausging. Aus dem gegen die SED-Regierung gerichteten antiautoritären »Wir sind das Volk« wurde rasch das auf Zugehörigkeit zum Modell BRD zielende »Wir sind ein Volk«: Die Massenbewegung hatte weniger die politisch-rechtsstaatliche Reorganisation als vielmehr den Anschluss an westdeutsche Lebens- und Konsumstandards als Motiv – zum Schrecken der Bürgerbewegten (und der SED-Reformer), die sich über ihre eigene Marginalität klar werden mussten. Und auch zum Schrecken von Wirtschafts- und Finanzfachleuten in Ost und West, die vor einer derart schnellen Währungs- und Wirtschaftsunion gewarnt hatten, weil diese den Zusammenbruch von Märkten und maroden Betrieben forcierte. Die

Kohl/Schäuble/deMaiziere-CDU wiederum griff die Forderung nach schneller Einheit gern auf, zumal sie ihre politische Mehrheit zu sichern versprach. Das von Wolfgang Ullmann und anderen vorgetragene Konzept einer treuhänderischen Protektion der sanierungsbedürftigen Volkswirtschaft durch Länder und Belegschaften hatte politisch keine Chance. Die Lesart, die schnelle (Währungs)Einheit sei damals alternativlos gewesen, hat sich als Deutungsmuster durchgesetzt. Helmut Schmidt nannte sie schon 1991 in der Form einen gravierenden Fehler.¹

Demokratie und Marktwirtschaft kamen 1989/90 also auf dem Gebiet der DDR im großen Maßstab als massenhafter Verlust von Arbeitsplätzen, Deindustrialisierung und regionale wirtschaftliche De- und Reorganisation an. Dies stand im Gegensatz zu den Erwartungen der Mehrheit, die – in guter staatspaternalistischer Tradition – den populistischen Zusagen auf blühende Landschaften (»keinem wird es schlechter gehen«) entgegen aller Vernunft gern geglaubt und die »Allianz für Deutschland« durch ihre Wahlstimme stark gemacht hatte. Die Politik der Treuhand setzte – ganz gegensätzlich zur Gründungsidee am Runden Tisch – statt auf Volksaktien und Länderprotektion der Betriebe auf schnelle Privatisierung und »defensive« Sanierung, was Massenentlassungen und vielfach Schließungen sowie Verkauf an ganz überwiegend westdeutsche Kapitaleigner bedeutete. Das sozialistische Recht auf Arbeit – lebensweltlich weit mehr als eine Floskel – war abgewählt. Viele Frauen rieben sich die Augen, als sie mit westdeutschem Sozialrecht und dem Kampf um §218 konfrontiert waren. Auf dem Land verloren mit Schließungen der LPGs die »sozialistischen Dörfer« ihren sozialen Sinn. Die Demonstrationen vor der Treuhand »Gegen Ausverkauf« kamen nach dem Wahlerfolg für die Allianz – zusätzlich ausgebremst durch den bis heute unaufgeklärten Mord an Rohwedder – viel zu spät.

Natürlich war der Mauerfall Akt und Sinnbild der politischen Freiheit. Die ostdeutschen SystemkritikerInnen engagierten sich im Aufbau von Verwaltungen, Parlamenten, Vereinigungen und Zivilgesellschaft. Demokratisierung fand wesentlich statt durch die Etablierung freier Wahlen, die Wiedereinführung der föderalen Länder und selbstverwalteter Kommunen (anstelle der Regierungsbezirke), ein – auch durch Maßnahmen des 2. Arbeitsmarkts gestütztes – Aufblühen der Zivilgesellschaft. Der Runde Tisch kam dann mit der ersten freien Volkskammerwahl zum Ende; als institutionelle Innovation hatte er mancherorts noch kommunalpolitisch Bestand. Die Bürgerbewegungen hatten nach einem Übergangsjahr in der Parteien- und Verbändeordnung der Bundesrepublik aufzugehen. Die Zeit offener Parteilisten war mit Vereinheitlichung des Parteienrechts vorbei. Die heutige ausgeprägt »volatile« Parteibindung in Ostdeutschland dürfte auch in diesem raschen Transfer Ursachen haben.

Im Bildungsbereich wurden LehrerInnen teils entlassen, teils weitergebildet und umgeschult. Von heute aus betrachtet fällt auf, dass ein bundespolitisches Programm »Demokratische

¹ Peter Christ/ Ralf Neubauer, Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder. Vorwort H. Schmidt. Rowohlt 1991.

Schule« – das es bis heute nicht gibt – hätte helfen können, den bildungspolitischen Auftrag der Demokratiebildung durch Schule zu verklaren. Bis heute treffen wir Schulleitungen, die den Übergang von der politischen Erziehung der DDR in den demokratischen Auftrag des Grundgesetzes nicht transportieren (können oder wollen).

Teils nahmen Landeszentralen der Politischen Bildung ihre Arbeit auf, die politischen Stiftungen förderten – teils sehr ausgeprägt – die kommunalpolitische Weiterbildung. Einzelne Länder hatten schon früher speziell auf Rechtsextremismus reagiert (RAA-Programme), womit sie durchaus einen Unterschied markieren konnten (vgl. Brandenburg vs. Sachsen). In Reaktion auf die erkennbaren Lücken in der demokratischen Kultur wurden mit den Nuller Jahren Programme zur Demokratieförderung aufgelegt. Freilich ist eine Stärkung politischer Kultur in Gestalt von Projekt-Initiativen eine höchst »vermittelte«, abstrakte und auch eklektizistische/ zufällige Form von staatspolitischem commitment zur Demokratieförderung, die zudem voraussetzt, dass vor Ort in den Kommunen, seitens freier Träger etc. die Kompetenz zum Abrufen von Mitteln aus Förderprogrammen auch vorhanden ist.

Zweierlei Erfahrungen

Anders als 1945 gab es 1989/90 kein Konzept zur politischen und wirtschaftlichen Erneuerung der DDR und Gesamtdeutschlands jenseits der beiden Grundgesetz-Optionen und der Abfederung und Absicherung durch Institutionentransfers. Sehr schwer tat sich die BRD auch mit Angeboten für die Osteliten, sich in der westlichen Gesellschaft neu zu erfinden, sei dies in Politik, Medien, Wissenschaft oder Kunst. Während die CDU als Bündnis »Allianz für Deutschland« ihre Mitgliedschaft für alle Ost-CDU-Mitglieder und Sympathisanten weit öffnete, sind die Friktionen zwischen SPD und SED-Nachfolgepartei nicht überwunden, auch wenn letztere im Osten – gestützt durch die Westexpansion durch die Fusion mit der WASG – zur realpolitischen Volkspartei wurde und Koalitionen stattfinden. Bündnis 90/ Grüne strebten – auch im Namen – an, vorbildlich und auf Augenhöhe zu kooperieren, es ist aber offensichtlich, dass sich die »postmaterielle« Konstellation (jenseits aller weiteren Friktionen) vor allem in den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands schwertut.

Die Erfolgsgeschichte des Westens wurde unhinterfragt weiter erzählt, Gorbatschows Öffnungspolitik wurde ihr als Fortschreibung eingefügt. Dies gab eine Voraussetzung dafür, dass subkutan auf beiden Seiten das mental mapping des Kalten Krieges wirkmächtig blieb: Anzutreffen blieb ein gegenseitiges Misstrauen in die demokratischen Fähigkeiten auf der einen Seite, in die Glaubwürdigkeit des neuen Systems auf der anderen Seite und nicht zuletzt das Unverständnis gegenüber der Kultur der jeweiligen vormaligen »Schutzmacht«. Die Lehren aus der Aufarbeitungsgeschichte des NS wurde nun gegen den Osten gekehrt. In einer Gestik des »Nie wieder« parallelisierte man den Umgang mit der Diktatur des Ostens mit der (versäumten) Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. Der moralische Impetus dieses Aufarbeitungsdiktums diskreditierte tendentiell das gesamte Alltagsleben in der DDR.

Die Erfahrung der Delegitimierung aller bisherigen rechtlichen, sozialen und ideologischen Rahmenbedingungen blieb – anders als 1945 – eine nur ostdeutsche, individuell zu bearbei-

tende Geschichte. Einerseits wurde durch eine Heroisierung des DDR-Widerstands und der Opposition den Protagonisten ermöglicht, sich leichter in »den Westen« zu integrieren. Andererseits ermöglichte die Zugänglichkeit der Akten der DDR-Staatssicherheit in vorher nicht gekanntem Maß den dokumentierten Zugriff auf individuelle Biografien. Das grundlegende kollektive Missverständnis, das Unwissen über die Bedingungen eines Systemwechsels für jeden Einzelnen blieben unbearbeitet – und von den Westdeutschen wurde keine kollektive Selbstverständigung und »Überarbeitung« abgefordert.

Hinzu kam eine Wirtschaftsentwicklung, die eine Integration auf lange Sicht eher erschwerte als erleichterte. Die vom Runden Tisch vorgeschlagene politische Gestaltung der volkswirtschaftlichen Transformation wurde von einer durch parlamentarische und öffentliche Kontrolle kaum beeinflussten Treuhandanstalt übernommen, deren Maßnahmen zu einer fast flächendeckenden materiellen Entmachtung der Ostdeutschen (mit einigen markanten Ausnahmen) führte. Eine Politik der »verlängerten Werkbank« und Aufkäufe mit folgender Schließung (»Ausverkauf«) vervollständigten das Bild. Ersatzweise wurden staatlich subventionierte Arbeitsverhältnisse auf Zeit eingerichtet, und – Institutionentransfers – das westdeutsche System der sozialen Sicherung wurde auf den Osten übertragen, einschließlich der sie stützenden Institutionen und Akteure wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Sozialverbände, Wohlfahrtsorganisationen und Sozialkassen. In der Situation agierte der Staat vorübergehend als Verantwortlicher für die Lebensverhältnisse – ein Habitus, der an die staatssozialistischen Erfahrungen und Erwartungen vieler Ostdeutscher anschloss (zumindest jener, die bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen paternalistische Parteien wählten). Dabei wurde dieses Sicherungsversprechen freilich unter Marktbedingungen und angesichts der realen, kaum politisch regulierten Treuhandpraxis nur höchst fragil eingelöst. Hier entstand eine Sollbruchstelle; eine Vorlage nicht für das Vertrauen in Demokratie, Parteien und politische Steuerungskraft als vielmehr für die Lesart von Politikversagen und Misstrauen gegen den neuen Staat.

Die rechten Traditionen

Die Bundesrepublik konnte sich nie ganz dem Vorwurf entziehen, dass ehemalige Nationalsozialisten weiter Verantwortung trugen. Die Gründungskonstellation der ersten Stunde, die statt Strafpolitik den Weg des Verdrängens und der entsprechenden Anpassungsstrategien angeboten hatte, fand in den späteren Jahren ihre Fortsetzung. Die sehr verspätete Aufarbeitung der Schlüsselinstitutionen wie Auswärtiges Amt, Justiz, Geheimdienste, Universitäten und Medien haben bewiesen, dass die These von der personellen Kontinuität nicht von der Hand zu weisen ist, ebenso wie z.B. die Tatsache, dass die FDP in einigen Landesverbänden in den 1950er Jahren ein Sammelbecken ehemaliger »Aktiver« war.

Der Bodensatz an rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien und Strukturen blieb über die Jahrzehnte bundesrepublikanischer Existenz bestehen. Abgesehen von dem Parteienverbot der SRP (Sozialistische Reichspartei) 1952 konnten sich Organisationen von der Wikinger-

Jugend bis zur NPD/DVP zumeist außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung unbehelligt betätigen. Sie standen auch 1989/1990 bereit.

In Ostdeutschland haben die organisierten Rechten die desorganisierende Transformationssituation strategisch genutzt. Dabei konnten sie auf Prägungen, Milieus und ideologische Traditionen der DDR aufbauen. Verborgen unter dem ideologischen Schutzwall des »antifaschistischen Staates« gab es in der gegen die plurale Welt klar abgeschotteten politischen Kultur der DDR keine öffentliche Auseinandersetzung mit rechten Milieus – eine Haltung, die die sächsische Biedenkopf-CDU mit ihrer Ansage »Wir sind immun gegen Rechtsextremismus« bruchlos fortsetzte. Nachweislich sind in der sächsischen und vorpommerschen Provinz rechte Strukturen nichts Neues. Nach 1989/90 war zu studieren, wie NPD-Funktionäre die Situation in ländlichen Räumen strategisch genutzt haben. Sie zogen in Kommunen und Kreistage ein, gaben in absterbenden Dörfern hilfreiche Unterstützung, waren im strukturschwachen Raum oft genug die einzig sichtbare politische Partei – mit Parolen, die die Situation der Leute thematisierte (»Schule muss im Dorf bleiben«..).

Bilanzen

Es gibt keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Frust und rechtem Wählervotum, weder im Osten noch im Westen. Es gilt auch nicht die Ausrede, das Votum zugunsten der AfD (oder davor der NPD) aus Umbruchsleiden/Ost zu legitimieren, so wenig wie aus Wohlstandschauvinismus/West – zumal diese Parteien aus ihren nationalistischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Einstellungen keinen Hehl gemacht haben. Es stimmt auch empirisch nicht, dass die Leute dort, wo und weil sie wirtschaftlich knapper sind, rechts denken.

Aber die immer schon zynische These von Lepenies, nach dem Institutionentransfer sei die weitere Angleichung eine Frage von »Kohortenschicksal«, erweist sich auch im Nachhinein als naiv.

Plausibel ist, dass der hohe AfD-Wähleranteil in Görlitz (12,1 % ArbloQuote + 12 % »Unterbeschäftigte«, hoher Bevölkerungsaustausch) oder dem Mansfelder Land andere Gründe hat als der ebenso hohe in Heilbronn (Baden-Württemberg; 3,8 % Arbeitslose). Wir erleben, wie sich mit Zeitverzögerung in einigen Milieus eine Fundamentalopposition – im transformierten Osten eben mit ostdeutschen Spezifika – herausgebildet hat, die sich in einer Geste des »Wir zeigen es denen da oben mal« äußert. In Ostdeutschland lässt sie sich durchaus in Verbindung bringen mit der Alternativlosigkeit, mit der 1989/90 ff das westliche Modell der alten Bundesrepublik propagiert und durchgesetzt wurde, verknüpft mit heftig beschwiegenen ökonomischen und kulturellen Verwerfungen, die auch von Teilen der nachwachsenden Generation als solche begriffen wurden.

Gegenüber diesen Milieus wurden offenbar unzureichend und auf jeden Fall nicht zwingend Alternativen und Handlungsspielräume eröffnet, die sie in einer liberalen Demokratie beheimatet hätten. Vermutlich haben viele dieser Menschen vormals eher durch linkes Stimm-

verhalten Frust und Protest angemeldet – was womöglich den Blick darauf verstellte, dass sich dahinter bereits fremdenfeindliche und ressentimentgeladene Einstellungen munter aufladen konnten.

Was tun?

Zum einen müssen sich die politischen Parteien um ostdeutsche Verankerung und mehr ostdeutsche Mitglieder kümmern. Der Umstand ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass in der neuen GroKo auch deshalb kaum Ostdeutsche vertreten sind, weil die Mitgliederbasis der Parteien in NRW, Bayern oder BaWü hoch, in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sehr niedrig ist.

Zum andern müssen wir reden:

Die »ostdeutsche Erfahrung«² muss zwischen den Ostdeutschen besprochen werden. Den Singular gibt es oft gar nicht, wohl aber Gesprächsbedarf gerade zwischen einander, z.B. weil die berufsbiografischen Chancen sehr unterschiedlich waren. Ein Produkt einer jungen Autorin wie Jana Hensels »Achtung Zone – Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten« (2009) ist erschreckend, weil in vieler Hinsicht falsch verallgemeinert wird.

Ost-West-deutsche Gespräche hatten in und nach der »Wende« eine prima Konjunktur. Gerade weil die Mauer dicht gewesen war und der Umbruch ostdeutsch, war und ist das Sich-Erzählen ein wichtiges Mittel der gesamt-deutschen Verständigung – auch im Hinblick auf die Transformationserfahrung und den Umgang mit dem »Bürger-zweiter-Klasse«-Mantra. Ein Austausch über Handlungsoptionen und die Erfahrung von demokratischer Handlungskompetenz geht damit einher.

Nicht zu vergessen die Gespräche mit den postkommunistischen Nachbar-Gesellschaften. Ihre Transformationserfahrungen verliefen im nationalen Rahmen, dann im Kontext der EU-Osterweiterung: teils ähnlich, teils sehr verschieden – auch in den heutigen Spätfolgen – von den Entwicklungen im nach GG Art.21 »angeschlossenen« Ostdeutschland. Hier hilft europäische Infrastruktur (auch banal: Straßen/ Schienen zwischen den östlichen und westlicheren Enden der EU begegnungsfreundlicher machen!), grenzübergreifende Regionalperspektiven, Erasmus of all generations ...

Und schließlich brauchen Regionen und Kommunen für ihre demokratische Überzeugungskraft auch Gestaltungskompetenzen und -ressourcen.

Die Aufforderung zu politisch-gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme gewinnt dadurch ihre Glaubwürdigkeit, dass sie kombiniert ist mit Gestaltungskraft. Demokratie muss erfahrbar und relevant sein im Hinblick auf Lebensverhältnisse, soziale und ökonomische Innovationen. Die europäische Perspektive sollte Kommunen und Regionen stärken aus ei-

² Anspielend auf Niethammer/ Plato/ Wierling »Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen« 1991.

ner Haltung, die sich für Solidarität von unten auch im Hinblick auf innovative Entwicklungswege interessiert.

Autorinnen

Dr. Anne Ulrich ist Referentin für politische Bildung in der Heinrich-Böll-Stiftung, mit Schwerpunkt Demokratie – Zivilgesellschaft, demokratische Vielfalt und Öffentlichkeit stärken. Promovierte in politischer Soziologie über ostdeutsche Bürgerrechts- und Frauenbewegung. Viel in den »neuen Bundesländern« unterwegs.

Kontakt: ulrich@boell.de

Dr. Marianne Zepp ist Zeithistorikerin mit den Schwerpunkten deutsche Nachkriegsgeschichte, Geschichte der sozialen Bewegungen und Geschichte der Erinnerungspolitik. Sie war bis 2018 Referentin für Zeitgeschichte bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kontakt: Marianne.Zepp@web.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de